

Stellungnahme

Als langjährige hauptamtliche Verantwortliche für den Arbeitskreis gegen rechts in ver.di München, sehen wir in den staatlichen Behinderungen der internationale Anti-Kriegsveranstaltung „Klassenkampf statt Weltkrieg“ am 29. September im ehemaligen Führerbau einen Angriff auf uns Alle, der uns nicht kalt lassen kann. Die Aktion richtet sich eindeutig gegen Faschismus und Krieg. Gegen diese Aktion nun wegen des Abdrucks einer Montage von John Heartfield mit einem (winzigen) Hakenkreuz vorzugehen, widerspricht dem Sinn und Zweck des Verbotes, faschistische Symbole zu verwenden. Völlig an den Haaren herbeigezogen ist es, ein Originalbild von Angela Merkel mit erhobener Hand als „Hitlergruß“ zu werten, um dies dann als Grund für die Beschlagnahme des Flugblattes zu verwenden.

Dies passt mit den Erfahrungen, die wir in unserer täglichen Arbeit gegen rechts machen, zusammen. Tatenlos haben am selben Tag der Beschlagnahme die Staatsorgane der Hetze der sog. „Freiheit“ zugesehen, die offen auf der Straße Stimmung gegen alle Kolleginnen und Kollegen schürt, die aus „islamistischen“ Ländern zu uns kommen. Die Polizei vor Ort angesprochen teilte mit, sie habe die Staatsanwaltschaft informiert – die genauso untätig blieb wie die Polizisten selbst. Täglich hören wir von neuen Verstrickungen, Verschredderungen und Verheimlichungs-Aktionen der diversen Staatsorgane, damit nicht aufgeklärt wird, warum eine Nazibande 14 Jahre lang ungehindert und ungestraft morden konnte – davon fünf Morde in Bayern. Bei dem bis heute unaufgeklärten faschistischen Oktoberfestanschlag (26. September 1980) wurden bereits wenige Monate später die Aktendeckel geschlossen und dann sogar die Asservate vernichtet. Stattdessen wurden die Flugblätter beschlagnahmt, die die Wiederaufnahme der Ermittlungen forderten, weil sie Franz Josef-Strauß zitierten und angriffen.

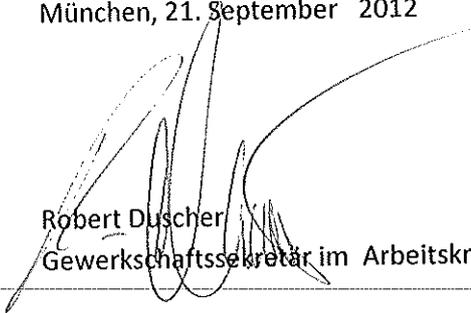
Das sind keine Skandale, sondern die Folge des Zustands der Staatsorgane. In unserer Stellungnahme zu den aktuellen Entwicklungen in der Neonazi-Szene schreiben wir, der Arbeitskreis Aktiv gegen rechts in ver.di München, im Januar 2012:

Immer wieder genehmigen Richter an Verwaltungsgerichten Nazi-Aufmärsche, die vorher von Kommunen und Stadträten verboten worden waren. Kein Wunder: Wurde doch die Justiz, neben anderen staatlichen Körperschaften, fast komplett aus dem Nazistaat übernommen. Noch in den achtziger Jahren saßen diese Leute in ihren Ämtern. In diversen Burschenschaften wurde die faschistische Ideologie von den sog. „Alten Herren“ weitergegeben und gepflegt. Nachwuchsjuristen wurden von Professoren ausgebildet, die schon im NS-Staat gelehrt hatten. Und wenn sie in Pension gingen, hatten sie dafür gesorgt, dass ihre Nachfolger mit der gleichen Geisteshaltung geimpft waren. Die Anwälte der heutigen Nazi-Gruppierungen wissen genau, wo sie Freunde oder Sympathisanten haben, und erhalten Urteile, die sie sich wünschen. Wir haben das in München oft genug erlebt.(...) In Bayern ist die Regierung selbst auf dem rechten Auge blinder als blind und sieht die allgegenwärtige Gefahr für den Staat im „Linksextremismus“, neuerdings sogar „Linksterrorismus“. Sind seit der Wiedervereinigung über 180 Menschen ausländischer Herkunft etwa von „Linksterroristen“ ermordet worden? Seit einigen Monaten hat das bayerische Innenministerium eine Internet-Seite „Bayern gegen Linksextremismus“ geschaltet. Vor allem Eltern, Lehrern und Schülern werden scheinbar objektive Informationen zur „linksextremistischen Szene“ angeboten. Erste „Erfolge“ und „enge Verbündete“ in seiner Kampagne kann das Ministerium schon verbuchen: Mitstreiter aus faschistischen Organisationen veröffentlichen bereits auf ihren Internetseiten Aufrufe, Informationen über die „linksradiakalen Schwerverbrecher“ an das Ministerium oder den Verfassungsschutz weiterzugeben.

Die VVN-BdA z.B., die älteste antifaschistische Organisation in der BRD, gegründet von Opfern des Faschismus - verfassungsfeindlich, weil angeblich „links“ (was immer das heißen mag!) wird im Verfassungsschutzbericht genannt. Und als Folge davon wird ihr vom Finanzamt die Gemeinnützigkeit entzogen.

Wenn nun die Staatsorgane in München diese Anti-Kriegs-Aktion behindern, so reiht sich dies genau in diese Politik ein, die uns immer und immer wieder die Zornesröte ins Gesicht treibt. Deswegen solidarisieren wir uns mit der Aktion und protestieren gegen die staatlichen Behinderungen, denen sie ausgesetzt wird. Und wir rufen alle auf, dies ebenso zu tun. Man muss dazu nicht mit jedem Wort des Flugblattes übereinstimmen – man muss nur sehen: Hier wird eine Anti-Kriegs-Aktion behindert, die sich scharf gegen die deutsche Regierung stellt. Dies kann nicht geduldet werden.

München, 21. September 2012



Robert Duscher

Gewerkschaftssekretär im Arbeitskreis Aktiv gegen rechts in ver.di München



Hedwig Krimmer

Gewerkschaftssekretärin im Arbeitskreis Aktiv gegen rechts in ver.di München

Stellungnahme

Als langjährige hauptamtliche Verantwortliche für den Arbeitskreis gegen rechts in ver.di München, sehen wir in den staatlichen Behinderungen der internationale Anti-Kriegsveranstaltung „Klassenkampf statt Weltkrieg“ am 29. September im ehemaligen Führerbau einen Angriff auf uns Alle, der uns nicht kalt lassen kann. Die Aktion richtet sich eindeutig gegen Faschismus und Krieg. Gegen diese Aktion nun wegen des Abdrucks einer Montage von John Heartfield wegen eines (winzigen) Hakenkreuz vorzugehen, widerspricht dem Sinn und Zweck des Verbotes, faschistische Symbole zu verwenden. Völlig an den Haaren herbeigezogen ist es, ein Originalbild von Angela Merkel mit erhobener Hand als „Hitlergruß“ zu werten, um dies dann als Grund für die Beschlagnahme des Flugblattes zu verwenden.

Dies passt mit den Erfahrungen, die wir in unserer täglichen Arbeit gegen rechts machen, zusammen. Tatenlos haben am selben Tag der Beschlagnahme die Staatsorgane der Hetze der sog. „Freiheit“ zugesehen, die offen auf der Straße Stimmung gegen alle Kolleginnen und Kollegen schürt, die aus „islamistischen“ Ländern zu uns kommen. Die Polizei vor Ort angesprochen teilte mit, sie habe die Staatsanwaltschaft informiert – die genauso untätig blieb wie die Polizisten selbst. Täglich hören wir von neuen Verstrickungen, Verschredderungen und Verheimlichungs-Aktionen der diversen Staatsorgane, damit nicht aufgeklärt wird, warum eine Nazibande 14 Jahre lang ungehindert und ungestraft morden konnte – davon fünf Morde in Bayern. Bei dem bis heute unaufgeklärten faschistischen Oktoberfestanschlag (26. September 1980) wurden bereits wenige Monate später die Aktendeckel geschlossen und dann sogar die Asservate vernichtet. Stattdessen wurden die Flugblätter beschlagnahmt, die die Wiederaufnahme der Ermittlungen forderten, weil sie Franz Josef-Strauß zitierten und angriffen.

Das sind keine Skandale, sondern die Folge des Zustands der Staatsorgane. In unserer Stellungnahme zu den aktuellen Entwicklungen in der Neonazi-Szene schreiben wir, der Arbeitskreis Aktiv gegen rechts in ver.di München, im Januar 2012:

Immer wieder genehmigen Richter an Verwaltungsgerichten Nazi-Aufmärsche, die vorher von Kommunen und Stadträten verboten worden waren. Kein Wunder: Wurde doch die Justiz, neben anderen staatlichen Körperschaften, fast komplett aus dem Nazistaat übernommen. Noch in den achtziger Jahren saßen diese Leute in ihren Ämtern. In diversen Burschenschaften wurde die faschistische Ideologie von den sog. „Alten Herren“ weitergegeben und gepflegt. Nachwuchsjuristen wurden von Professoren ausgebildet, die schon im NS-Staat gelehrt hatten. Und wenn sie in Pension gingen, hatten sie dafür gesorgt, dass ihre Nachfolger mit der gleichen Geisteshaltung geimpft waren. Die Anwälte der heutigen Nazi-Gruppierungen wissen genau, wo sie Freunde oder Sympathisanten haben, und erhalten Urteile, die sie sich wünschen. Wir haben das in München oft genug erlebt.(...) In Bayern ist die Regierung selbst auf dem rechten Auge blinder als blind und sieht die allgegenwärtige Gefahr für den Staat im „Linksextremismus“, neuerdings sogar „Linksterrorismus“. Sind seit der Wiedervereinigung über 180 Menschen ausländischer Herkunft etwa von „Linksterroristen“ ermordet worden? Seit einigen Monaten hat das bayerische

Innenministerium eine Internet-Seite „Bayern gegen Linksextremismus“ geschaltet. Vor allem Eltern, Lehrern und Schülern werden scheinbar objektive Informationen zur „linksextremistischen Szene“ angeboten. Erste „Erfolge“ und „enge Verbündete“ in seiner Kampagne kann das Ministerium schon verbuchen: Mitstreiter aus faschistischen Organisationen veröffentlichen bereits auf ihren Internetseiten Aufrufe, Informationen über die „linksradikalen Schwerverbrecher“ an das Ministerium oder den Verfassungsschutz weiterzugeben.

Die VVN-BdA z.B., die älteste antifaschistische Organisation in der BRD, gegründet von Opfern des Faschismus - verfassungsfeindlich, weil angeblich „links“ (was immer das heißen mag!) wird im Verfassungsschutzbericht genannt. Und als Folge davon wird ihr vom Finanzamt die Gemeinnützigkeit entzogen.

Wenn nun die Staatsorgane in München diese Anti-Kriegs-Aktion behindern, so reiht sich dies genau in diese Politik ein, die uns immer und immer wieder die Zornesröte ins Gesicht treibt. Deswegen solidarisieren wir uns mit der Aktion und protestieren gegen die staatlichen Behinderungen, denen sie ausgesetzt wird. Und wir rufen alle auf, dies ebenso zu tun. Man muss dazu nicht mit jedem Wort des Flugblattes übereinstimmen - man muss nur sehen: Hier wird eine Anti-Kriegs-Aktion behindert, die sich scharf gegen die deutsche Regierung stellt. Dies kann nicht geduldet werden.

München, 21. September 2012

Robert Duscher
Gewerkschaftssekretär im Arbeitskreis Aktiv gegen rechts in ver.di München

Hedwig Krimmer
Gewerkschaftssekretärin im Arbeitskreis Aktiv gegen rechts in ver.di München